Mittwoch, 11. Januar 1928 · 76. Jahrgang Nr. 17

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig, im voraus zahlbar, durch die Post 2,30 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 10 Pfennig; das fettgedruckte Wort 20 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46–49. Fernsprechen: Dönhoff Nr. 3440 bis 3449; für den Fernverkehr Nr. 4297 bis 4299. – Rudolf Mosse-Coda. – Postscheckkonto Nr. 524, Amt Berlin NW. 7. – Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. – Filialen: Badstr. 61, Bülowstr. 66, Fennstr. 1, Pfalzburger Str. 9, Frankfurter Allee 286 u. 366, Greifswalder Straße 197, Grosse Frankfurter Straße 121, Kottbusser Damm 6, Königstr. 19, Köpenicker Straße 67–68, Moritzplatz, Müllerstrasse 135, Potsdamer Straße 35, Rathenower Straße 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenthaler Strasse 48, Schillerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 61, Wiener Strasse 1–6, Zimmerstrasse 50; Charlottenburg: Kaiserdamm 20, Kantstr. 54, Nürnberger Str. 25–26, Schaperstrasse 30, Tauentzienstrasse 2, Gleisdreieck: Schloßstr. 1, Friedenau: Rheinstrasse 19, Halensee: Grunewald, Hauptstempl.: Lichtenberg: Frankf. Allee 241, Lichterfelde-West: Curtiustr. 1–3, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 66–64, Kaiser-Friedrich-Str. 240, Nieder-Schönhausen: Brückenstrasse 32, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 8, Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 8, Spandau: Breite Str. 47, Steglitz: Schloß-Str. 31, Tegel: Berliner Str. 12, Templehof: Berliner Str. 147, Treptow: Krullsstr. 7, Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz), Wilmersdorf: Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 88, Brandenburg: Hauptstr. 47, Breslau: Schweidnitzer Str. 21–22, Frankfurt a. O. Regierungsstr. 64, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke. — Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „ULK"
755 1 BERLIN VERÄNDERLICH

Zwischen Kammer und Gefängnis

Die fünf kommunistischen Deputierten sollen ihre Strafe absitzen – Die französische Regierung will festbleiben – Der Beginn der Parlamentssession

Paris, 10. Januar.

Die französische Regierung ist entschlossen, trotz des Wiederbeginns der Parlamentstagung die Verhaftung der für die vergangene Kammersession vorübergehend entlassenen fünf kommunistischen Deputierten Cachin, Marty, Doriot, Duclos und Vaillant-Couturier durchzusetzen. Wie der Innenminister Sarraut nach dem heutigen Ministerrat den Journalisten sagte, will die Regierung eine sehr deutliche Erklärung in diesem Sinne in der Kammer abgeben, sobald das Bureau der Kammer gewählt ist, das heißt spätestens am Donnerstag. Falls bei dieser Debatte ein neuer Antrag auf Freilassung der fünf für die Dauer der Session eingereicht werden sollte, würde die Regierung für die Ablehnung des Antrages die Vertrauensfrage stellen. Ein solcher Antrag wird außer von den Kommunisten auch von der sozialistischen Fraktion eingebracht werden. Der Arbeitsausschuß der sozialistischen Partei hat sich mit dem Fall beschäftigt und die beiden Abgeordneten Baron und Ulry beauftragt, den Antrag in der Kammer zu verteidigen. Es wird von der Haltung der Radikalen und der republikanischen Sozialisten abhängen, ob der Antrag in der Kammer angenommen oder abgelehnt wird.

*

Die Kammer begann heute um 3 Uhr die erste Sitzung ihrer letzten Arbeitsperiode.

Der Alterspräsident **Pinard**, der die Bürde seiner 84 Jahre leicht auf seinen noch immer festen Schultern trägt, steht in diesem Jahre zum letzten Male auf der Tribüne des Palais Bourbon. Er kandidiert nicht mehr für die nächste Wahl. In seiner Rede bekannte sich Pinard zu einem freudigen Optimismus. Die finanzielle Situation des Landes, die Stimmung des Volkes, besonders die zunehmende Sicherung der äußeren Beziehungen Frankreichs zu allen übrigen europäischen Völkern, gaben ihm das Vertrauen, daß es immer weiter vorwärts gehen wird. Pinard findet die Prophezeiung Charles Richets in dem Werke „Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens" der Erfüllung nahe. Er verliest Zitate: **„Niemand hat das Recht zu töten, kein König, kein Präsident, kein Feldherr und kein Völkerbund. Das Leben der Menschen ist heilig.** In diesem Satz liegt die ganze Zivilisation."

Auch in den Neujahrsreden im Elysée findet Professor Pinard ein Bekenntnis zum Frieden. Die Achtung des Krieges ist ein großer Gedanke, der weiter ausgebaut werden muß, auch wenn die Trägheit des Herzens nicht immer so schnell zu folgen vermag, wie unsere Wünsche.

Der Alterspräsident schließt mit dem Dank an den Präsidenten der Republik und die Regierung, die dem Volke den Frieden sichern wollte. Dem Ministerpräsidenten dankt er für die Rettung des Francs und erst in den Schlußsätzen wird das Thema erwähnt, das sonst in jedem Jahre von Professor Pinard behandelt worden ist. „Alles, was geschehen ist, war wichtig und verdienstvoll, aber vergessen Sie die eine Forderung nicht, ohne deren Erfüllung das Land nicht bestehen kann: Die Zahl der Geburten muß erhöht, die Kindersterblichkeit vermindert werden; es lebe die französische Republik!"

Dann beginnt die Bildung des Bureaus der Kammer mit der Wiederwahl des Präsidenten **Bouisson**.

Kein Konflikt Poincarés mit den Linksministern

In der letzten Woche wurde zuweilen von einer Differenz zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und den Ministern der Linken gesprochen — einer Differenz, die bei einer Unterredung über das Wahlprogramm erkennbar geworden sein soll. Man sollte diesen Gerüchten nicht ohne Bestätigung trauen. In der Kammer wird es weit eher für möglich gehalten, daß Poincaré Frieden mit den Radikalen gesucht, und daß er sich, falls er zwischen Briand und Marin wählen müßte, unter den bestehenden Verhältnissen wahrscheinlich für Briand entscheiden würde.

Das Bestehen einer Verstimmung zwischen Poincaré und den Ministern der Linken wird gerade von den Ministern der Linken, geleugnet. Poincaré äußert sich über das Gerücht überhaupt nicht. In jedem Falle wäre es unrichtig, aus der vermeintlichen Verstimmung Folgerungen für die deutsche Wahltaktik zu ziehen. Es ist im übrigen nur gerecht anzuerkennen, **daß Poincaré jetzt seit längerer Zeit keinen Einfluß auf die äußere Politik gegenüber Deutschland auszuüben versucht hat.** Diese Tatsache hat Briand selbst in deutlichen Worten konstatiert. Es ist möglich, daß eine neue Erklärung dieser Art vor dem Beginn der Wahlen noch einmal von einem Minister der Linken abgegeben wird.

Schnelldienst

Der Finanzausschuß des amerikanischen Senats hat beschlossen, die Freigabebill vor der Steuervorlage zu beraten.

Der lettische Gesandte Dr. Woit ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Die estnischen Gewerkschaften haben den Anschluß an die (alte) Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale beschlossen.

Der rumänische Oppositionsführer Jorga kandidiert bei einer Nachwahl in Bessarabien.

Der finnisch-belgische Vertrag über Schiedsgerichtsbarkeit und Ausgleichsverfahren ist beim Völkerbund zur Registrierung eingereicht worden.

Als Nachfolger des verbannten bisherigen Sowjetgesandten in Rom, Kamenew, wird der Justizkommissar Kurski genannt.

Das rumänische Kriegsgericht in Klausenburg hat fünf wegen der Zwischenfälle in Großwardein angeklagte Personen, darunter drei Studenten, zu Gefängnisstrafen von zehn Tagen bis fünf Monaten verurteilt.

Sauberkeit

Die wichtigste politische Aufgabe

Von

Dr. Heinz Potthoff (München)

Der unter Führung des früheren Reichskanzlers Luther jüngst in Berlin gegründete Verband „Zur Erneuerung des Reiches" hat sich zur Aufgabe gestellt, „die starken Reibungen in den innerdeutschen Verhältnissen zu beseitigen" und dem Reiche „in allen die Volksgesundheit angehenden Fragen die Entscheidung zu geben". Das ist ein weites und nicht sehr deutliches Programm. Sicher kann ein über- und außerparteilicher Zusammenschluß von einflußreichen Personen, die guten Willens und gleicher Ansicht sind, manches erreichen, was durch den Gegensatz der Parteien und der Berufsverbände erschwert wird. Das beste Beispiel dafür ist die Gesellschaft für soziale Reform, die von dem früheren Handelsminister v. Berlepsch und dem unvergeßlichen Ernst Francke zu dem Zwecke gegründet wurde, sozialpolitische Fragen, die zur gesetzlichen Lösung reif schienen, dieser Lösung dadurch näherzubringen, daß ein neutraler Boden geschaffen wurde, auf dem sozialfortschrittliche Angehörige aller Parteien und Berufe sich finden und verständigen konnten, um dann gemeinsam die ihnen nahestehenden Kreise für die Verwirklichung zu gewinnen.

Daß auf diesem Wege manches erreicht und die Gesetzgebung erleichtert worden ist, unterliegt keinem Zweifel, wenn auch infolge Aenderung der Umstände der Gesellschaft heute nicht mehr die gleiche Bedeutung wie vor 25 Jahren zukommt. Wenn die Gesellschaft zur Erneuerung des Reiches in gleichem Sinne wirken will, so kann auch sie manches Gute stiften; vorausgesetzt, daß sie mit spruchreifen, praktischen Einzeldingen kommt, deren Erledigung sie durch Verständigung der Interessierten auf neutralem Boden erleichtert.

Wenn das nicht ihr Ziel und ihre Arbeitsweise ist, dann wird sie nur eine politische Werberin für strittige Fragen sein. Und dann kann sehr bezweifelt werden, ob es die Mühe lohnte, das überreiche Maß von politischen Klubs und Verbänden aller Art noch zu steigern. Das Programm entscheidet über Wert und Einfluß der neuen Gesellschaft. Deswegen muß es jedem deutschen Staatsbürger, dem die Erneuerung des Reiches am Herzen liegt, gestattet sein, zu sagen, welches die dringendste praktische Aufgabe in der deutschen Politik ist, durch deren Aufnahme die Gesellschaft den größten Nutzen stiften und ihrem Ziel am wirkungsvollsten zustreben kann.

Das allerwichtigste in der deutschen Politik, die unentbehrliche Voraussetzung für allen politischen und wirtschaftlichen Aufbau, die Grundlage einer Erneuerung des Reiches ist, daß es in der deutschen Politik anständig zugeht! Das klingt banal und ist doch eine ernste und tiefe Wahrheit, die gerade diejenigen nicht übersehen dürfen die den groben Materialismus der marxistischen Geschichtsauffassung nicht gelten lassen wollen.

Wir haben Staat und Wirtschaft auf die freie Selbstbestimmung des Volkes gegründet und müssen damit scheitern, wenn es nicht gelingt, der deutschen Republik Menschen zu erziehen, die nicht nur mit Worten und Programmen, sondern mit Fühlen und Handeln Republikaner sind. Das aber heißt Staatsbürger, die sich mit dem Volksganzen verwachsen fühlen und die ihrem Volke dienen wollen. Aus reinen Herzen und mit reinen Händen! Das ist das Entscheidende, was uns am allermeisten fehlt. Es drängen sich genug und übergenug Männer und Frauen zu allen Aemtern. Aber wie wenigen ist das Amt wirklich ein „Amt", das heißt ein Dienst am Gemeinwohle. Wie viele suchen und finden darin vor allem die „Rettung", das heißt die Versorgung, das möglichst große, gesicherte und bequeme Einkommen!

Es muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, was jedermann weiß: daß die meister deutschen Bürger nach öffentlichen Posten weniger um der Allgemeinheit als um ihrer selbst willen streben, und daß sie in der Betätigung **ihren eigenen Vorteil niemals über dem übrigen vergessen.**

Es soll gekleistert werden!

Die Regierungsparteien beraten, aber noch immer ohne Ergebnis

Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstags trat am Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des Abg. Graf. Westarp (Deutschnat. Vp.) im Reichstag zu einer Besprechung über den Reichsschulgesetzentwurf zusammen. An der Besprechung, zu der auch Reichsinnenminister Dr. v. Keudell und vier weitere Vertreter des Innenministeriums erschienen waren, nahmen außer dem Vorsitzenden von den Parteien teil die Abgeordneten Dr. Mumm und Schulze-Frankfurt von den Deutschnationalen, Dr. Scholz, Dr. Runkel und Frau Dr. Maß von der Deutschen Volkspartei, Leicht und Frau Lang-Brumann von der Bayerischen Volkspartei, v. Guérard, Dr. Schreiber und Rheinländer vom Zentrum. Der Interfraktionelle Ausschuß unterbrach nach dreistündigem Verlauf seine Beratungen und wird sie am Mittwoch nachmittag um 2 Uhr fortsetzen.

In der gestrigen Beratung wurden die §§ 14 bis 20 des Reichsschulgesetzes durchgesprochen. Die einzelnen Parteien legten ihren Standpunkt zu den Fragen der Aufsicht über den Religionsunterricht und über die Simultanschulfrage dar. Die Fragen wurden eingehend durchgesprochen, **ein sachliches Ergebnis aber vorläufig noch nicht erzielt.** Bis heute sollen die einzelnen Parteien ihre formulierten Vorschläge machen, damit in der heutigen Sitzung über die Formulierung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes Beschluß gefaßt werden kann.

Die Verhandlungen, die streng vertraulichen Charakter tragen, gehen natürlich darauf hinaus, die Deutsche Volkspartei in irgendeiner Form zu bewegen, sich mit der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch die kirchlichen Organe einverstanden zu erklären. Von Zentrumsseite wird mit Energie darauf hingewiesen, daß die Entscheidung über das Schicksal des Schulgesetzes, und damit der Koalition, ausschließlich bei der Deutschen Volkspartei liegt.

Marx betätigt sich unpolitisch. Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zum Feste der Silbernen Hochzeit telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen und dem Landeshauptmann Dr. Horion (Maria Laach) zu seiner Vermählung ein Glückwunschtelegramm gesandt.

Labour-Sieg durch Lord Rothermere

Nachwahl in Northampton — Der Konkurrenzkandidat des Zeitungskönigs

London, 10. Januar.

Das Zerwürfnis zwischen der konservativen Partei und dem Zeitungskönig Lord Rothermere hat sich in der gestrigen Nachwahl in Northampton in sehr bemerkenswerter Weise ausgewirkt und zum Siege des Kandidaten der Arbeiterpartei geführt.

Gewählt wurde Oberst Malone, der dem linksradikalen Flügel der Arbeiterpartei angehört. Die konservative Majorität von 971 Stimmen bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1924 hat sich in eine Majorität der Arbeiterpartei von 557 Stimmen verwandelt. Dies ist bei 35 Nachwahlen die siebente Niederlage der Konservativen, die sechs Sitze an die Arbeiterpartei und einen an die Liberalen verloren haben. Ihre Niederlage verdanken sie dem Konkurrenzkandidaten Hailwood, der bereits bei den Nachwahlen in London-Southend als „unabhängig-konservativer" Kandidat, d. h. als Kandidat Lord Rothermeres eine Rolle spielte. Es gelang ihm, etwa 1000 Stimmen für sich zu gewinnen, die genügten, um der Arbeiterpartei zum Siege zu verhelfen. Man darf gespannt darauf sein, wie die konservative Partei hierauf reagieren wird. Sonst entsprechen die für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen durchaus dem Wahlergebnis von 1924.

Langsam, aber sicher

Paris, 10. Januar. (W. T. B.)

Nach dem „Temps" nehmen die zwischen der deutschen und der französischen Delegation geführten Verhandlungen zur Erneuerung des Wirtschaftsabkommens über das Saargebiet einen guten, wenn auch langsamen Verlauf. Das Blatt erwartet einen günstigen Abschluß.